



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/88

Hannover, 26. Juli 1948

Sowjet-Berlin?

—e, Berlin, im Juli

Die Sowjets haben jetzt einen neuen Versuch gemacht, Berlin gewissermassen "auf dem Verordnungswege" in ihre Gewalt zu bekommen. Der erste Versuch war die Blockade der Stadt und der Putschversuch gegen das Berliner Stadtparlament. Er ist gescheitert wie auch die anderen "Spontanaktionen"; als drastische Antwort folgte die Luftbrücke.

Das hatte das Konzept verderben. Der Hunger, der ein politisches Mittel erster Ordnung sein sollte, war nicht gekommen. Da griffen die Sowjets zum radikalen Gegenmittel. Sie erklärten sich zur Versorgung von Gesamtberlin bereit. Die sofortigen Kommentare dazu erklärten auch sogleich, etwas übereilig, damit die Luftbrücke für gegenstandslos. Was zunächst nur eine fiktive Geste schien, nimmt jetzt durch nähere Anordnungen und Verwaltungsbestimmungen allmählich konkretere Gestalt an. Wie es Gestalt nimmt, ist dabei bezeichnender als die mögliche Wirkung, die es haben kann. Der SMA-Befehl ordnete die Versorgung Gesamtberlins an, und die "Wirtschaftskommission" erlässt Bestimmungen. Zum ersten Mal ist dies vor einem Monat bei der ersten sowjetischen Währungsreform geschehen, zum zweiten Male ist diese Wirtschaftskommission in diesen Tagen beim zweiten Geldschnitt mit dem Anspruch des amtlichen Organs von Berlin in Erscheinung getreten. Doch die Geldmanipulationen trafen ja das Berlin der drei Westsektoren nur zum Teil, da bei ihnen als Grundwährung die Westmark herrscht.

Mit der Anordnung aber, die Ernährungsorganisation von Berlin zu übernehmen, wünscht diese von den Sowjets eingesetzte Stelle die Kontrolle von ganz Berlin auf kaltem Wege zu übernehmen. Der Magistrat von Berlin ist überhaupt von den Sowjets mit diesen Massnahmen gar nicht befasst worden, da zu erwarten war, dass er, wie auch das Stadtparlament, solche einseitigen sowjetischen Massnahmen nicht anerkennen könnte. Diese Gremien vertreten aber bekanntlich das Berliner Volk. Bisher haben die Sowjets zwar durch immer neue Vetos in der Alliierten Kommandantur eine grosse Zahl von demokratischen Beschlüssen nicht anerkannt oder durch Hinschleppen in ihrer Wirkung geschwächt, aber sie haben die demokratische Fassade des Apparates aufrechterhalten. Jetzt aber versuchen sie, Berlin offen der Ostzone

anzugliedern und die Verfügungsgewalt den von ihnen eingesetzten deutschen Kommissaren der Ostzonenregierung zu übertragen.

Freilich ist dieser Versuch noch durch entscheidende Hemmungen gekennzeichnet. Im Ostsektor sollen alle Westberliner, also 2,5 Millionen in der Stadt der einen Million, kaufen: in Friedrichshain zum Beispiel die Zehlendorfer, in Weissensee die Charlottenburger usw., und die Lebensmittelkarten, die im Osten Berlins gestempelt sind, müssen vollständig im Ostsektor abgekauft werden. Während diese gespenstischen Anordnungen durch die kommunistischen Zeitungen gehen, stehen bekanntlich in den Ostteilen der Stadt, längst ehe ein Westberliner dahin gekommen ist, die Bewohner in langen Schlangen vor den Brotläden, weil es nicht einmal möglich ist, den Ostsektor bisher allein voll mit den Rationen zu beliefern. Aus der Ostzone selbst gehen von Tag zu Tag alarmierendere Meldungen über den absinkenden Lebensstandard ihrer Bewohner ein - und in solcher Situation behauptet die SMA, dass man für drei Millionen Menschen in Berlin die ganze Versorgung übernehmen wolle: ein Unterfangen, das diese gleiche SMA bisher immer für unmöglich erklärt hat. Die Bevölkerung weiss, dass dieses Brotvotum für den Osten ein Druckmittel sein würde, mit dem endgültig die Drückenden die Gedrückten in der Hand haben wollen.

Über die psychologischen Wirkungen hinaus aber forcieren die Sowjetmassnahmen neue Entscheidungen. Der Berliner Magistrat und das ihn bestimmende Parlament sollen ausgeschaltet werden. Berlin soll, auch wenn die Westalliierten noch in Berlin sind, Sowjet-Territorium werden. Die sowjetisch eingesetzten Wirtschaftskommissionen und nicht der Berliner Magistrat sollen regieren. Die Diktatur einer Besatzungsmacht soll, nachdem der Wille der Berliner Bevölkerung sich eindeutig gegen diese von ihr begünstigten deutschen Gruppen dokumentiert hat, in Kraft gesetzt werden. Durch die Sprengung aller alliierten Organisationen in Berlin können diese Anordnungen nicht mehr auf dem Verhandlungswege reguliert werden, sondern müssen durch Aktionen der Berliner Selbstverwaltung und der Westregierungen pariert werden. Die Machtbefugnis der sowjetisch geführten Wirtschaftskommissionen über die ganze Stadt ist undenkbar. Die weitgehende Einbeziehung des Sowjetsektors in die Sowjetzone durch die Russen andererseits legt den Schluss nahe, dass diese Spaltung der Stadt in zwei ganz verschiedene Städte nun in einer viel konkreteren Weise als bisher Tatsache wird. Ein Sowjetberlin, das über das Brot der Ostzone nur erreicht werden soll, ist das deutliche russische Ziel. Solange die Sowjets im Ostteil der Stadt und die Westmächte in den anderen drei Teilen der Stadt sind, aber wird es zwei ganz verschiedene Berlin geben: morgen radikaler abgeschlossen als gestern.

Schwierige Koalitionsbildung in Holland

v. S. Amsterdam, im Juli 1948 - Noch bevor der bisherige Ministerpräsident Dr. Beel mit der Bildung des neuen holländischen Kabinetts beauftragt worden war, hörte man allgemein die Ansicht äussern, dass die neue Regierung diesmal nicht ohne weiteres zustandekommen würde. Der Grund hierfür war die aufgestellte Forderung, dass die neue Regierung im Hinblick auf die bevorstehende Verfassungsänderung und die Lösung anderer bedeutsamer Fragen auf eine breitere Basis sich stützen müsste.

Dr. Beel hat sich schon 1946, als er zum ersten Mal mit der Regierungsbildung betraut wurde, um die Zusammenstellung eines Kabinetts auf breiterer Basis bemüht, und zu diesem Zweck erfolglos um

Die Opposition bemüht, da weder die Liberalen, noch die "Antirevolutionäre Partei" oder die protestantischen Gruppen sich vor allem mit der "fortschrittlichen" Indonesienpolitik der Regierung einverstanden erklären wollten. Man musste sich schliesslich mit dem Zweiparteien-Kabinetts, der sogenannten römisch-roten Koalition, begnügen, die jedenfalls die Gewähr für eine annähernd mögliche Erfüllung der im Regierungsprogramm vorgesehenen wichtigsten Aufgaben bot. Trotz wiederholter Reibungen, hauptsächlich im Hinblick auf das Indonesienproblem, hat sich das katholisch-sozialistische Zusammengehen als eine beide Teile leidlich zufriedenstellende Vernunftsehe erwiesen, die das Staatsschiff im Laufe von zwei Jahren immerhin unversehrt durch alle noch so gefährlich erscheinenden innen- und aussenpolitischen Klippen gesteuert hat.

Die bevorstehende Verfassungsänderung, die im Zusammenhang mit der geplanten Neugestaltung der Beziehungen Hollands zu Indonesien von allergrösster Bedeutung erscheint, stellt den Ministerpräsidenten diesesmal vor eine ungleich schwierigere Aufgabe. Die unmittelbar nach den Wahlen von einigen grossen ausländischen Agenturen geäusserte Vermutung, dass die Schwächung der Sozialisten zu ihrem Ausscheiden aus der Regierung führen könnte, scheint jeder Grundlage zu entbehren. Zwar ist die bisherige Regierungsbasis durch den Stimmenverlust der "Partei der Arbeit" schmaler geworden. Beide Parteien zählen gemeinsam jedoch noch immer 59 Mandate, die, wie in sozialistischen Kreisen betont wird, eine genügend solide Regierungsbasis bilden, während die Opposition alles in allem nur über 33 Mandate verfügt.

Die Schwierigkeiten für eine angestrebte Erweiterung bestehen vor allem darin, dass die "Partei der Arbeit" ein Zusammengehen mit den Oppositionsparteien ablehnt, weil sie anscheinend eine weitere Schwächung ihres linken Flügels befürchtet, umso mehr, als die Haltung der Liberalen und der Christlich-Historischen Union in der Indonesienfrage noch immer nicht klar ist. Der Eintritt dieser Parteien in die Regierung würde zwar die zur Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit sichern, aber nur durch weitgehende Konzessionen zu erreichen sein. Ob sich die "Katholische Volkspartei" jedoch zu Konzessionen bereit finden dürfte, ist zu bezweifeln, da sie, wie allgemein angenommen wird, viel eher auf eine Erweiterung des Kabinetts, als auf eine Koalition mit der "Partei der Arbeit" verzichten würde. Sollte die letztgenannte nämlich tatsächlich zum Ausscheiden aus der Regierung sich entschliessen, würde sie mit den Kommunisten zusammen immerhin 35 Mandate zählen und der "Katholischen Volkspartei" zweifellos noch mehr Kopfzerbrechen als bisher bereiten. (b/A81/247/1/he)

-4-

sp. Heimkehrer aus dem Osten berichten, dass die in Russland als Spezialisten eingesetzten Kriegsgefangenen z.T. durch Rubel entlichtet werden. Von dem Verdienst behält das Lager für Unterkunft und Verpflegung 400 Rubel monatlich. Der darüber liegende Verdienst wird versteuert, 10% werden ausserdem als Verwaltungsgebühr vom Lager eingezogen. Von dem verbliebenen Rest werden 80%, aber höchstens 150 Rubel monatlich, ausgezahlt. Was nun noch vom Verdienst bleibt, kommt auf ein Sparkonto und wird bei der Heimkehr in Frankfurt/Oder ausbezahlt.

Was kann sich nun der Gefangene von seinen 40 bis 150 Rubeln im Monat zu seiner eintönigen Verpflegung zukaufen? Einen Überblick gibt die nachstehende Preisliste der Kriegsgefangenen-Kantinen: 100 gr. Butter 7, 1 kg Brot 3, 1 kg Zucker 14, 1 kg Bonbons 13-33, 1 kg Wurst 48 - 100, 1 kg Käse 30-60, 1 ltr. Milch 4, 1 Ei 2, 20 Zigaretten 2-4, 100 gr Tabak 3 Rubel.

Diese hohen Preise, verglichen mit dem freigegebenen Verdienst der Kriegsgefangenen bedeuten nichts anderes als eine zweite Abwertung des krieglichen Lohnes. Da im Lager Frankfurt/O. ein Rubel 0,68 Tapesmark wert ist, sind die Lebenshaltungskosten in Sowjetrussland vier- bis fünfmal so hoch wie in Deutschland. (m/Bl/267/1/he)

Spargelder an Heimkehrer in DM

sp. Wie die Leitung des Entlassungslagers Münster der Kriegsgefangenenhilfe der SPD mitteilt, erhalten die Heimkehrer aus dem Westen ausser ihrem Entlassungsgeld auch der in England und Amerika ersparten Arbeitslohn von jetzt ab in DM ausbezahlt. Da der Dollar mit 3,30 und das Pfund mit 13,50 umgerechnet werden, sind ausgezahlte Beträge bis zu DM. 3.000 keine Seltenheit. Für die Männer bedeuten diese Summen für die heutigen Verhältnisse eine grosse Hilfe. Die Heimkehrer nach der Götzone müssen jedoch befürchten, dieses Geld zu verlieren, da DM-Scheine beim Grenzübertritt ohne Gegenbescheinigung abgenommen werden. Sie versuchen deshalb durch Kauf von Fahrrädern, Bereifung, Radioapparaten usw. ihren ersparten Lohn zu retten. (m/Bl/276/1/he)

Labour plant auf lange Sicht

sp. Die Legislaturperiode des englischen Unterhauses läuft zwar erst 1950 ab; die Labour Party arbeitet jedoch schon jetzt an der Festlegung eines genauen Planes, um wohl vorbereitet in den nächsten Wahlkampf gehen zu können. Da der Ausgang der nächsten Wahlen zweifellos vor allem das Ergebnis der von der Regierung Attlee durchgeführten Sozialisierungsmassnahmen entscheiden wird, widmet man allen mit der Verstaatlichung zusammenhängenden Problemen besondere Aufmerksamkeit. Eine Forschungsabteilung der Labour Party hat in den letzten Monaten eine Reihe von Industrien auf ihre Sozialisierungsmöglichkeit untersucht - dazu gehören u.a. das Versicherungsgewerbe, die chemische Industrie und die Automobilindustrie - und hat das Resultat ihrer Arbeit nun dem politischen Ausschuss der Partei übergeben. Dieser wird dem nächsten Parteitag im Jahre 1949 entsprechende Vorschläge vorlegen. Auch diese Arbeiten sind Teil eines langfristigen Planes für die Errichtung eines sozialistischen Commonwealth. (m/B23/277/1/he)

Entnazifizierung in der US-Zone

sp. Von zweieinhalb Millionen Menschen aus Behörden und Betrieben der US-Zone, die eine Meldung darüber abgegeben haben, sind 1,9 Millionen = 77,9% solche, aus deren Personalpapieren hervorgeht, dass sie keinerlei Bindungen zum Nationalsozialismus oder persönliche Handlungen begangen hatten, die sie unter das Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus fallen lassen könnten. Dies geht aus einem Bericht des Zentralamtes der US-Regierung hervor, dem ersten bekanntgegebenen Bericht dieser Art, der den Stand von 31. Dezember 1947 wiedergibt.

"Politisch vorbelastet" sind aus dem Kreis der Erfassten - der Bericht stützt sich nach eigenen Aussagen auf lückenhafte, zum Teil auch widerspruchsvolle Unterlagen - 22,1%. Dabei ist der Prozentsatz der Belasteten bei den Verwaltungsbehörden mit 30% erheblich höher als bei privaten Unternehmen mit 18,3%. Nach Angabe der einzelnen Berufsgruppen sind die Prozentsätze sehr verschieden. Bei den sog. Regierungsbeamten, das heisst der mittleren und unteren Kategorie, beträgt er nur 12%, bei den höheren Gehaltsstufen 45%.

Bei den verschiedenen Beschäftigungsgruppen der privaten Unternehmen zeigen sich ähnliche Unterschiede. Von allen Personen, die nicht ihrer gewohnten Beschäftigung nachgehen, sind 33.294 als vorbelastet anzusehen, das sind etwa 24% aller auf diese Art beschäftigten Personen. Bei denen, die ein normales Arbeitsverhältnis haben, beträgt der Prozentsatz der Vorbelasteten nur 18%. In dieser Gruppe ergibt sich aber für die, die 300 Mark oder mehr im Monat verdienen, ein Prozentsatz von 34% vorbelasteter Personen, während er bei den unter 300 Mark Verdienenden nur 17% ausmacht.

Unter den einzelnen Ländern weist Hessen die höchsten Prozentzahlen der politisch Vorbelasteten bei den angegebenen allgemeinen Beschäftigungsziffern auf. Das gilt sowohl für Behörden, als auch für private Unternehmen. Diese Tatsache trifft für alle Beschäftigungskategorien zu; sie fällt besonders bei der Gruppe der "Regierungsbeamten" auf, bei der 18% als politisch vorbelastet aufgeführt werden. Für Bayern und Württemberg-Baden beträgt die entsprechende Vergleichszahl 7%, für Bremen 0%. Dies ist jedoch vermutlich auf die andersartige Auslegung des Begriffes "Regierungsbeamter" in Hessen zurückzuführen.

Der Bericht trägt nach Ansicht seiner Verfasser zu der Beweisführung bei, dass der Entnazifizierungsprozess den wirtschaftlichen Wiederaufstieg in der US-Zone nicht hinauszögert. Dies wurde durch Angaben erwiesen, die die Zahl der augenblicklich noch erfolgenden Entlassungen bedeutungslos erscheinen lassen, da sie unzweifelhaft das geringe Ausmass der bereits verhandelten Fälle der Hauptbelasteten, Belasteten und Minderbelasteten widerspiegelt. Die Internierten nehmen dabei eine Ausnahmestellung ein. Praktisch genommen stünden alle politisch Vorbelasteten, nämlich 98,3%, in einem gesetzlich gesicherten Arbeitsverhältnis, das ihnen durch Ausführungsbestimmungen des Gesetzes, durch Gerichtsentscheide oder Amnestien zugestanden wurde.

(a/B1/ho)

Die Parteien in Hessen

sp. Über die Stärke der Mitgliederzahlen der einzelnen Parteien in Hessen erfahren wir folgende interessante Einzelheiten:

An der Spitze liegt die SPD. Ohne einige Kasseler Kreise beläuft sich die Gesamtzahl der Mitglieder auf rund 78.000. Die Gesamtzahl wird unter Anlegung des durchschnittlichen Vergleichsmaßstabes auf rund 90.000 zu beziffern sein. Die CDU zählt in 40 von 48 Stadt- und Landkreisen etwas über 20.000 Mitglieder, ihr Gesamtbestand wird auf rund 22.000 geschätzt. Die LDP hat in 36 Kreisen 3.990 Mitglieder, ihr Gesamtbestand dürfte knapp 5.000 betragen. Die KPD hat in 48 hessischen Stadt- und Landkreisen rund 24.500 Mitglieder, so dass ihr Gesamtbestand etwa an 26.000 herankommen dürfte. Von der NDP (Nationaldemokratischen Partei) liegen keine so umfassenden Ziffern vor. In fünf Kreisen betrug die Mitgliederzahl am 1. April 48 annähernd 500. Der Mitgliederbestand insgesamt dürfte, nach eigenen Angaben dieser Partei, bei etwas über 800 liegen.

Bei Zugrundelegung der Mitgliederzahlen von 1. April und der Wählerzahlen vom 20. April sind die Anhänger der Kommunistischen Partei prozentual am stärksten parteipolitisch organisiert. Auf sechs kommunistische Wähler kommt ein Parteimitglied. Bei der SPD beträgt die Relation 9:1, bei der CDU 27:1, bei der LDP 108:1 und bei der NDP 118:1.

(m/Bl/277/1/he)

Finnland nach den Wahlen

K. K. Stockholm - Nach den Reichstagswahlen schickt sich Finnland nun an, eine neue Regierung zu bilden, und zwar eine Regierung der demokratischen Konsolidierung. Die Konturen des neuen Kabinetts zeichnen sich jetzt schon ab. K. A. Fagerholm, der besonnene, grundsatztreue Führer der Sozialdemokraten, der zudem das unbegrenzte Vertrauen des Staatspräsidenten Paasikivi hat, ist der Mann, der mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt wurde. Zwar sind die Sozialdemokraten mit 54 Mandaten nicht die stärkste Partei, aber zwischen den Sozialdemokraten und den Agrariern kam es zu der Vereinbarung, dass die Agrarier (56 Mandate) den Reichstagspräsidenten in der Person Kekkonens stellen und sich mit dem Posten des ersten Vizepremiers begnügen werden. Dem Vernehmen nach werden die Volksdemokraten als die drittstärkste Partei den zweiten Vizepremier stellen, wenn sie sich entschliessen sollten, in eine Regierung Fagerholm einzutreten. Fagerholm ist bei ihnen weitaus weniger persona grata als es z. B. Kekkonen und andere agrarische Führer sind.

Eine Regierung Fagerholm würde an der aussenpolitischen Linie des Landes nicht das geringste ändern, die ja durch den Vertrag mit den starken russischen Nachbarn weitgehend vorgeschrieben ist. Finnlands Schicksal ist und bleibt bis auf weiteres zu einem grossen Teil von dem Willen der Sowjetunion abhängig. Aber eine Regierung Fagerholm wäre eine Regierung der fortgesetzten inneren Konsolidierung und würde alle Kräfte mobilisieren, die zum Schutze der finnischen Demokratie überhaupt mobilisiert werden können. (b/A39a/277/1/he)

Zum 80. Geburtstag Alfred Webers

Am 30. Juli begeht Prof. Alfred Weber seinen 80. Geburtstag. Die sozialdemokratische Bewegung grüßt in ihm den langjährigen Bundesgenossen, der in hohem Alter noch unserer Partei beitrug.

Seit 1907 lehrte Alfred Weber in Heidelberg. Er begann als Nationalökonom. Sein Buch "Über den Standort der Industrien" entwickelt zum ersten Male ein rationales Koordinatensystem der Faktoren, welche die Standortwahl für Industrien bestimmen. Aus dieser Zeit sei hier noch eine große Arbeit über das Berufschicksal der Industriearbeiter angeführt. Später begannen für Weber reine volkswirtschaftliche Probleme zurückzutreten hinter solchen der Soziologie. Doch hat er seine Schüler noch lange zu volkswirtschaftlichen Arbeiten angeregt, darunter solchen zur Analyse der produktionswirtschaftlichen Verflechtung Europas, welche schon damals ein Licht auf den Widersinn der Zersplitterung des Kontinents warfen. Weber selbst veröffentlichte damals ein Buch über die "Krise des modernen Staatsgedankens".

Das eigentlich soziologische Hauptwerk Webers ist "Kulturgeschichte als Kulturosoziologie". Er entwickelt hier die fruchtbare Idee, daß der gesellschaftliche Entwicklungsprozeß aus drei von einander zu trennenden Ebenen abspiele. So wurde es möglich, die Ineinsetzung von gesellschaftlicher Entwicklung mit gesellschaftlichem "Fortschritt", welche die Soziologie seit ihrem Beginn in die Irre geführt hatte, aufzulösen und zu zeigen, daß man sinnvoll von "Fortschritt" wohl in Bereich der zivilisatorischen, nicht aber der kulturellen Prozesse sprechen könne.

Diesem Buch, das 1935 in Holland erscheinen mußte, folgten große Studien geschichtssoziologischer und kulturphilosophischer Art: "Das Tragische in der Geschichte" und nach dem Kriege "Abschied von der bisherigen Geschichte", eine Auseinandersetzung mit dem Erlebnis des Nazismus.

Ein Wissenschaftler wirkt nicht, wenn er nicht auch ein ganzer Mensch ist. Vor nunmehr 35 Jahren sprach Alfred Weber auf meine Bitte in München. Er verteidigte die Erziehungsreformen Wyneckens und die Bestrebungen der damaligen jungen Generation gegen Angriffe im bayerischen Landtag. In der Bereitwilligkeit, sich für Freiheit und das Eigenrecht junger, noch unangegorener, aber ernstlich bemühter Menschen einzusetzen, sehen wir Züge eines Charakters, der auch heute für den politischen Menschen Deutschlands beispielhaft sein kann. So setzte sich Weber später für seinen Schüler, unseren Freund Carlo Mierendorff ein, als dieser mit Heidelberger Arbeitern eine herausfordernd gesetzte monarchistische Flagge von einem Universitätsgebäude entfernt hatte. So holte 1933 der schon bejahrte Professor eigenhändig von seinem Institut die von den Studenten aufgezogene Hakenkreuzflagge nieder.

Kut, sich für seine Überzeugungen einzusetzen - Entschlossenheit, sich immer neu mit den wechselnden Bedingungen der Existenz geistig auseinanderzusetzen - die Bereitschaft, sich selber zu wandeln: Möge wir Sozialdemokraten sie am Beispiel dieses Lebens be- und ergreifen!

Gerhart Lütken